

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachsatz; die 3 gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 162

Sonnabend, den 12. Juli 1924.

48. Jahrgang

Macdonald berichtet.

Dawes-Gutachten und Versailler Vertrag.

Im überfüllten Unterhause erstattete Macdonald Bericht über seine Pariser Reise. Er erklärte, in Paris sei eine unglückselige Lage entstanden, die gedroht habe, die mit Bezug auf die Verwirklichung des Sachverständigen-Gutachtens vollendeten Vorarbeiten zu vernichten, weshalb er nach Paris gegangen sei, um diese Gefahr zu beseitigen. Es sei wesentlich, daß die auf den 16. Juli festgesetzte interalliierte Konferenz unbedingt abgehalten werde, da sehr viele Details provisorisch erledigt werden müßten, um die Gutachten zur Ausführung bringen zu können. Die englische Regierung beabsichtige nicht, ihre so oft dokumentierte Auffassung über die Arbeit und die Befugnisse der Reparationskommission aufzugeben, werde aber nicht einverstanden sein, daß damit die Präliminarien für ihre Vollmacht geschaffen seien, die Sachverständigen-Gutachten in die Tat umzusetzen.

Gleichzeitig könne die englische Regierung nicht zugeben, daß die Anleihezeichen durch irgend eine Aktion gefährdet würden, die der des Vorjahres ähnlich sehe. Daher habe die englische Regierung ihre Zustimmung dazu erteilt, daß der Reparationskommission, sobald sie sich mit Vorschlägen aus dem Sachverständigen-Gutachten beschäftigen werde, ein amerikanisches Mitglied beigegeben werde, das die Interessen der Alliierten überwachen solle. Die französische Regierung habe sich für diesen Punkt Bedenken bis zur Londoner Konferenz erbeten. Er habe sich damit einverstanden erklärt; in der Zwischenzeit werde die englische Regierung die finanziellen Seiten dieser Frage nachprüfen. Bis dies alles zur Zufriedenheit der Investoren geregelt sei, sei an keine Anleihe zu denken.

Zum Schluß seiner Erklärung erwähnte Macdonald, die französische Regierung habe weiterhin großen Wert darauf gelegt, die Frage der nationalen Sicherheit auf der Tagesordnung zu erhalten. Die englische Regierung habe es ebenfalls klargestellt, daß von keinerlei Vorschlag vom Charakter eines militärischen Paktes die Rede sein könne, habe aber wiederholt, daß es ihr wünschenswert erscheine, wenn alle einschlägigen Fragen dieser Art von einer Abrüstungskommission des Völkerbundes und bei anderen ähnlichen Gelegenheiten erörtert würden.

Die verhängten Entscheidungen.

In der sich nach dieser Erklärung entspinneenden Debatte erklärte Ronald Mac Well, in den am letzten Montag veröffentlichten Dokumenten der englischen Regierung habe der Ministerpräsident wiederholt, daß nach seiner Auffassung das Dawes-Gutachten über den Versailler Vertrag hinausgehe, und daß infolgedessen im Falle einer Verschlebung nicht die Reparationskommission entscheiden dürfe. Der Abgeordnete fragte, ob diese Anschauung endgültig aufgegeben worden sei. Macdonald erwiderte, diese Auffassung sei nicht endgültig aufgegeben worden, sondern der Beurteilung der Sachverständigen der beiden Länder überlassen worden. Dieses Urteil werde der interalliierten Konferenz in der nächsten Woche vorgelegt werden.

Aus einer während der Debatte erfolgten anderen Regierungsantwort ist ersichtlich, daß die Frage der Teilnahme der deutschen Regierung an der Konferenz der Entscheidung dieser selbst anheimgegeben wird.

Englische Pressestimmen.

London, 11. Juli. Die Blätter heben in Telegrammen aus Berlin die bittere Enttäuschung hervor, die dort über das Ergebnis der Zusammenkunft zwischen Macdonald und Gerriot herrsche. Auch werde in Deutschland nicht geglaubt, daß die Vereinigten Staaten zustimmen würden, daß ihr Vertreter in der Reparationskommission, die in Deutschland als ein Werkzeug des Quai d'Orsay angesehen werde, mehr als ein Beobachter sein sollte.

„Bestminster Gazette“ schreibt: Aus Macdonalds gestriger Erklärung im Unterhaus könne niemand ersehen, wie man zu der kommenden Konferenz stehe. Nach der in Paris am Mittwoch ausgegebenen Note hätte sich der Premierminister auf der ganzen Linie zurückgezogen. Er sei nach Paris gegangen in einer ähnlichen Lage, wie seinerzeit Bonar Law.

Der einzige Unterschied scheine zu sein, daß Bonar Law sagte, wir können nicht übereinstimmen, wir halten euren Vorschlag für rechtswidrig, wir werden damit nichts zu tun haben, während Macdonald sagte, wir können nicht zustimmen, wir halten euren Vorschlag für rechtswidrig, aber wir werden euch helfen, ihn durchzuführen. Der ursprüngliche Vorschlag sei vernünftig, einfach und unvermeidlich gewesen, der in Paris dargelegte Standpunkt sei es jedoch nicht.

Wie könne man erwarten, daß die Vereinigten Staaten ein Mitglied für eine Kommission stellen, die mit dem Friedensvertrag verknüpft ist, den sie nicht angenommen haben.

Lärmjzenen in der französischen Kammer.

Nach Berlin! — Nach Moskau!

Bei der Beratung des Amnestiegesetzes kam es in der französischen Kammer zu großen Lärmjzenen. Als der neugewählte Abgeordnete Francois Poncet, der den Nachrichten dienst im Ruhrgebiet geleitet hat, seine Rede begann, entfalten die Kommunisten ein großes Plakat, auf dem Poncet beschuldigt wird, im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft des Saargebietes zu sitzen. Sie nannten ihn einen Agenten der „Boches“. Das Plakat ging von Bank zu Bank, und es entstand ein ungeheurer Lärm. Poncet wurde verhindert, seine Rede zu beginnen. Erst als der Kammerpräsident Painleve eingriff, war es möglich, gegen die Amnestierung Cailleur zu sprechen. Er rief damit den Widerspruch des sozialistischen Abgeordneten Moutet hervor und wurde auch wiederholt von dem kommunistischen Abgeordneten Cachin unterbrochen, dem jedoch der Kammerpräsident erklärte, seine Äußerungen würden nicht im Journal offiziell wiedergegeben werden. Trotzdem beruhigte sich Cachin nicht, und es kam wiederum zu ungeheuren Lärmjzenen, so daß der Kammerpräsident gezwungen wurde, die Sitzung zu unterbrechen und die Tribünen räumen zu lassen. Die Kommunisten schrien in diesem Augenblick zu Poncet gewandt: „Nach Berlin!“ Die Rechte erwiderte: „Nach Moskau!“

Stresemann zur Lage.

Für wirtschaftliche Verständigung.

Auf der in Elberfeld abgehaltenen Tagung des Eisen- und Stahlindustriebundes hielt der Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Lage der deutschen Industrie ist gekennzeichnet durch die außergewöhnlich starken Kreditwierigkeiten und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten namentlich der Ausführungsindustrie. Die Frage der Entwicklung der deutschen Ausfuhr ist zum Kernproblem einer Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens gemacht worden, von dem seine reibungslose Erledigung abhängt. Drei Voraussetzungen sind für diese Entwicklung deutscher Ausfuhrfähigkeit gegeben, einmal die Wiederherstellung der ungehemmten Entwicklung unserer weltwirtschaftlich en Beziehungen, zweitens der Wegfall der wirtschaftlichen Hemmungen im Inland und endlich die Lösung der Kreditfrage, nicht nur im Sinne einer Aenderung der Politik der Reichsbank, sondern des Herausströmens ausländischer Kredite.

Die Staatsmänner Englands und Frankreichs sind in Paris zusammengekommen und haben sich bemüht, eine Konstruktion zu finden, die das Sachverständigen-Gutachten nicht als außerhalb des Vertrages von Versailles stehend erscheinen läßt. Ohne zu diesen Beschlüssen Stellung zu nehmen, muß jedoch festgestellt werden, daß die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität durch das Sachverständigen-Gutachten über die Bedingungen hinausgeht, zu denen wir nach dem Versailler Vertrag verpflichtet sind. Man kann uns deshalb diese Bedingungen nicht aufzwingen. Die Entscheidung unterliegt letzten Endes der Beschlussfassung des Deutschen Reichstages.

Für diese Beschlussfassung wird entscheidend sein, ob der Vertrag von Versailles, auf dessen formeller Durchführung in bezug auf die Kompetenzen der Reparationskommission von der Gegenseite so entscheidender Wert gelegt wird, auch darin wieder hergestellt wird, daß für Deutschland diejenige Grenze gilt, die es nach dem Vertrag von Versailles hat und Sicherheit dafür geschaffen werden muß, daß alle darüber hinausgehenden Besetzungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens aufhören. Nur durch eine Anerkennung dieser Grundsätze werden wir bei den bevorstehenden Abmachungen diejenige Grundlage in dieser Verständigung erreichen, die eine neue Ära wirtschaftlicher Verständigung anstelle des bisherigen Systems der Gewalt fest.

Sturm auf der Sozialdemokratie gegen Stresemann.

Schärfste Opposition.

Wie nicht anders zu erwarten, haben die Frankfurter Beschlüsse der Deutschen Volkspartei keine Gegenliebe im roten Lager gefunden. Im Gegenteil, dort ist die gesamte Presse mobil gemacht, um gegen die Regierung Marx-Stresemann die schärfste Opposition zu betreiben. Man kommt mit

Drohungen, Warnungen und Beschwörungen, um die Regierung einzuschüchtern. Die Führung hat namentlich der „Vorwärts“, der wegen der in den Beschlüssen erblickten Annäherung der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen Stresemann gehörig die Leviten liest. Namentlich findet das Blatt Stresemanns Elberfelder Rede „töricht“ und nennt sie eine „lechte Hingabe an die außenpolitische These der Deutschnationalen“. „Die Kapitulation, die in wochenlangen Verhandlungen die Deutschnationalen fordern“, ist im Gange, schreibt er, „um sich zu retten, ist Stresemann nahe daran, das Gutachten aufs Spiel zu setzen“. Das ist also der Dank für so lange Jahre zartester Aufmerksamkeit und bereitwilligsten Entgegenkommens gegenüber der Partei des „Vorwärts“.

Dennoch wackelt also die jetzige Regierungsmehrheit in allen Fugen, sodas, wenn Stresemann seinen Erklärungen und den Beschlüssen der Volkspartei getreu handelt, die jetzige Regierung keine lange Lebensdauer haben dürfte. Von links verlassen, von Rechts mit gerechtem Mißtrauen betrachtet, dürfte sie sich bei der nächsten entscheidenden Abstimmung im Reichstage zwischen zwei Stühlen sitzend vorfinden.

Minister Brauns über die Sozialfürsorge.

Berlin, 11. Juli. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten machte Reichsarbeitsminister Brauns über den gegenwärtigen Stand der Kriegsbeschädigten-, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge folgende Ausführungen: Es sind in der letzten Zeit lebhaftere Klagen darüber geführt worden, daß die Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegserhebene, Sozial- und Kleinrentner sich seit dem 1. April, seit dem Erlaß der Verordnung über die Fürsorgepflicht, nicht unwesentlich verschlechtert habe, Klagen, die nicht unberechtigt sind. Die Reichsregierung ist jedoch für diese Mißstände nicht verantwortlich zu machen. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht hat den Charakter der Fürsorge nicht geändert. Geändert hat sich lediglich die Finanzierung der Fürsorgeausgaben. Während das Reich den Ländern bis zum 1. 4. 24 vier Fünftel der Aufwendung jedes Einzelfalles erstreckt, hat es den Ländern in der 3. Steuernotverordnung durch die Eröffnung neuer Steuerquellen die Kosten für die Gesamtheit der Fürsorgeaufgaben überwiesen. Außerdem hat das Reich den Ländern, um ihnen die Schwierigkeiten in der Übergangszeit zu erleichtern, im Haushaltsjahr 1924 für Fürsorgezwecke einen Betrag von 35 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, von dem rund 20 Millionen bereits verteilt sind. Die Reichsregierung ist daher nicht dafür verantwortlich, wenn Hilfsbedürftige nach Erlaß der Verordnung geringere Unterstützung erhalten, als vorher. — Die Reichsregierung hätte doch wohl die Länderregierungen zur Erfüllung ihrer Pflichten an den Kriegsbeschädigten anhalten können.

Fanaticher Deutschenhaß in Polen.

Schwere Ungerechtigkeiten gegen Deutsche.

Berlin, 11. Juli. Auf Grund des Völkerbundsratsbeschlusses vom 17. 6. stellt die polnische Regierung einen Betrag von 2 700 000 Goldfranken als Entschädigung für zunächst 500 Annullierte zur Verfügung. Es entfällt auf jeden annullierten Rentenansiedler ein Betrag von etwa 4700 Goldfranken, auf Pächter entsprechend weniger. Entschädigungsberechtigter sind nur solche Ansiedler, die zur Zeit der Annullierung die polnische Staatsangehörigkeit besessen haben. Anträge auf Gewährung der Entschädigung müssen bis 17. 8. bei dem von der polnischen Regierung zu ernennenden Vertrauensmann eingereicht sein. Der Ansiedlerförderungsband in Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137, wird sämtlichen in Frage kommenden ein entsprechendes Formular übersenden und ist bereit, Ansiedlern mit seinem Rat zur Seite zu stehen. Der Name des polnischen Vertrauensmannes wird sofort nach seiner Ernennung in der Presse bekanntgegeben werden.

Kattowitz, 11. Juli. Die deutschen Mehrheiten der Städte Polnisch-Oberschlesiens sollen mit aller Gewalt befreit werden. Am dringendsten erscheint den polnischen Behörden die Schaffung einer polnischen Mehrheit in der Wojewodschaftshauptstadt Kattowitz. Nachdem die auf Betreiben der polnischen Stadtverordneten und der Wojewodschaft vom Magistrat ausgearbeitete EingemeindungsVorlage infolge des Widerstandes, den die einzugemeinenden Orte dem Plan entgegensetzten, sich nicht hat durchführen lassen, hat die Wojewodschaft im Schlesischen Sejm einen Gesetzentwurf über die Wobung von Groß-Kattowitz eingebracht. Der Rechtsausschuß des Sejm hat den Entwurf nunmehr durchberaten. Er

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung am Mittwoch, den 16. Juli 1924,
nachm. 4 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

1. 1 B 1204 Vertretung der Stadt in der Generalversammlung der städtischen Werke.
2. 1 A 1452 Vornahme von Ersatzwahlen für die aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedenen Herren Dr. Moerner, Saß, Ruchfeldt und Schielmann als Kommissionsmitglieder.
3. 1 A 1430 Wahl von 4 Mitgliedern in die Kommission zur Versorgung der Minderbemittelten mit Brennmaterial.
4. 1 S 776 Kenntnisnahme von der Anerkennung der Studienanstalt als Vorkursanstalt.
5. 2155 St. Zuschlag zur Gewerbesteuer.
6. 1337 St. Zuschlag zur Gewerbesteuer für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen usw.
7. 842 Wfa. Ortsstatut über das Jugendamt.
8. 1 B 1181 Beitritt der Stadt zur Haftpflichtgemeinschaft pommerischer Mittel- und Kleinstädte.
9. 1 B 1226 Meliorierung des Schwarzen Sees in Stolpmünde
10. 1 S 992 Bewilligung der Futterkosten für das Halten eines Hundes für die 4. Gemeindefschule.
11. 1 C 2139 Unvermutete Revision der städtischen Kassen.
12. 1 S 888 Konrektorenstellen für die Mittelschulen.
13. 1 A 1432 Einladung zur Mitgliederversammlung des Deutschen Städtetages.

Geheime Sitzung.

1. 1 C 2055 Gewährung von Witwengeld.
2. 1500 B A Verlängerung eines Grundstücksangebots.
3. 1 P 678 Festsetzung eines Witwengeldes.
4. 1 P 641 Festsetzung eines Pensionsdienstalters.
5. 1 A 1228 Eingruppierung von Polizeibeamten.
6. 666 B A Erhebung einer Klage.
7. 766 B A Abschluß eines Vergleichs.
8. 1042 B A Abschluß eines Erbbauvertrages.

Stolp, den 12. Juli 1924.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

J. U.
gez. Unger.

Von Montag, den 14. 7. 1924 ab werden die Kanal- und Müllabfuhrgebühren für Juli/September durch die Vollziehungsbeamten eingezogen.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betr. Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge.

Unter Abänderung der Bekanntmachung vom 15. März 1924 werden gemäß § 34 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 die Beiträge zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 15. Juli 1924 bis auf weiteres für den Landkreis Stolp auf 3 vom Hundert und für den Stadtkreis Stolp auf 2 vom Hundert des Arbeitslohnes festgesetzt. Der Berechnung des Hundertsatzes ist der gleiche Vohnsatz wie bei der Berechnung der Krankenkassenbeiträge zu Grunde zu legen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben vorstehende Beiträge vom 15. Juli 1924 ab zusammen mit den Krankenkassenbeiträgen abzuführen, die sie binnen 3 Tagen an die Kasse der Erwerbslosenfürsorge Stolp, Strellinerstr. 44 weiter zu leiten haben.

Stolp, den 11. Juli 1924.

Der Verwaltungsausschuß
des öffentlichen Arbeitsnachweises.
gez. Dr. Winke.

Ausnahmetag!

Dienstag, den 15. d. Mts.

verkaufen wir in sämtlichen Milchläden und in der Molkerei

sehr schöne **Romadour-Käse**

vollfette zu 50 Pfg. das Stück.

Bestellungen wollen bis Sonntag, den 13. d. Mts. bei den Läden abgegeben werden.

Molkerei Stolp.

Fesers

Patent-Knieschutz

Deutsches Reichspatent Nr. 369 690

ist das einzige Mittel zur Verhütung der Kniebeulen und zur Erhaltung der Biegelkante.

Vertreter für Hinterpommern:

Karl Schwarz & Walter Boelke

Schneidermeister

Telephon 669 Stolp i. Pom., Paradiesstr. 8 Telephon 669

In allen Schneidergeschäften erhältlich.

Krankenweine

Goldgelber Ruster Oesterreichischer Süßwein (Kräftigungswein für Konvalaleszent.

Bermuth-Wein Magenstärkender Traubenwein

Douro-Portwein Stark anregender Süßwein (für Herzschwache)

Santa-Lucia Feurig süßer Rotwein

Rotweine versch. Qualitäten Gegen Erkrankung der Verdauungsorgane

Magenbitter Liköre Ingwer, Boonelamp, Halb u. Halb, Stargarder Ur Wampe.

Da ich auch jedes kleinere Quantum lose abgebe, 1/10, 1/4, 1/2 literweise, so ist allen Kranken Gelegenheit geboten, sich für wenig Geld eine Stärkung, Erfrischung und Erquickung zu verschaffen.

Franz Hackbarth

Richplatz 12.

Fernsprecher 405.

Richplatz 12.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 **Lederlager — Techn. Geschäft** Holstentorstraße 24

Grösstes Lager am Platze in
besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Oele

Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle

Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten **Möbelleder**

Umzüge

von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahn-
speiditeur
Fernruf 67 u 68.

Wäsche noch herrschaftliche
Hauswäsche.
Wollweberstr. 14. (Hof)

Achtung:

Schlager ersten Ranges,
überall leicht verkäuflich, tägl.
15—20 Mark Verdienst.
(Streng reell). Für Muster,
Porto und Verpackung sind
2 Mark an R. Henke-Eine-
burg, Spangenbergstraße 34,
einzusenden.

Gesichts- ausschlag

Mittlerer Reichtum
verschwinden meist sehr
schnell, wenn man den Schaum
von Zucker's Patent-Medizinal-Schaum
abends eintropfen läßt. Schaum er-
morgens abwaschen und mit Zucker-
Creme nachstreichen. Grobhar-
tliche Wirkung, von Tausenden bestätigt.
In allen Apotheken, Drogerien, Par-
fumerie- u. Reiseurgeschäften erhältlich.

Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten
dir. an Priv., Katal. 91 L frei.
Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Suche per sofort oder spä-
ter eine

erste Friseur.

Gehalt 12—15 Mk. pro Woche
Kost, Logis, Wäsche frei.

Otto Reiß,

Damen- und Herren-

Friseurgeschäft.

Belgard, Friedrichstraße 7.

Die Sprechstunden im Juli sind
in unserer

Zahnpraxis

von 9—1 Uhr.

Sonntags geschlossen.

Reichsverband
deutscher Dentisten [E. V.]
Kreisgruppe Stolp/Pom.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder.

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

la. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.

**Oele
Fette**

Kupferkessel

in bester Ausführung (handgearbeitet)

sämtliche Kupferschmiedearbeiten

fertigt an

Max Schwarz, Kupferschmiedemeister

Stolp i. Pom.

Wollweberstr. 2.

**Sorgt für die Erhaltung
der städtischen Volkstüche**

durch Geldspenden bei den Banken und
Kassen und durch Liebesgaben, die in der
Volkstüche wochentags von 9 Uhr vor-
mittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen-
genommen werden.

Die städt. Volkstüche

Reitbahn, Fernruf 1009.



L. J. G. Kleinstesträder

Modell 1924 0,65/1,5 PS., Bereifung 26x2 Zoll, kräftige Tourenmaschine, ab Lager lieferbar.

Luft-Fahrzeug-Gesellschaft Seddin